



Die reichen Länder des Nordens drücken die Überschüsse ihrer hochsubventionierten Agrarindustrie in die Märkte Afrikas. Gegen diese unfaire Konkurrenz haben die Bauern der armen Länder keine Chance, sie verlieren ihre ohnehin karge Existenzgrundlage.

NOT FÜR DIE WELT

Von Michaela Schießl

ARME BAUERN

Wie diese senegalesischen Bäuerinnen leben über 80 Prozent der Afrikaner mehr schlecht als recht von der Landwirtschaft.

Es ist ein großer Tag für das kleine Kind und doch einer, der nur trostlos enden kann, das wissen die Fischer, aber keiner will dem Buben die Freude an seinem ersten Arbeitstag verderben.

Aufgeregt hüpfert der Achtjährige am Strand des senegalesischen Fischerorts Mbour durch die Brandung, bis ihn jemand auf eine der buntbemalten Pirogen hebt. Der 18 Meter lange Holzkahn hält sich nur mit Mühe über Wasser, zwei Dutzend Fischer drängeln sich auf den Querbalken. Kein Dach, keine Plane schützt sie vor der afrikanischen Sonne. Es ist zehn Uhr morgens und 37 Grad heiß. Endlich jault der Außenbordmotor auf, das Boot nimmt Kurs auf den Atlantik.

Kapitän Badou Ndoye steht am Ruder und liest die Wellen. Ein guter Patron kann dem Meer die Fische ansehen, sagen sie im Senegal, sogar die Gattung erkennen, an der Art, wie sich die Oberfläche

ändert. Brassen machen Blasen, Stachelmakrelen kräuseln die Wellen, Barben erzeugen kleine Buckel.

Badou hat 62 Jahre Erfahrung auf See. Der 67-Jährige ist Fischer in dritter Generation, fünf seiner Söhne sind mit an Bord.

„Sardinen“, sagt er und gibt Gas. Das Boot fährt einen Bogen, das Netz, 200 Meter lang und 40 Meter tief, saust über den Bootsrand und schließt einen Kreis.

Das ist der Moment, in dem das Kind gepackt und ins Meer geworfen wird – mitten hinein in eine Zukunft, die längst keine mehr ist.

Denn so sehr sich der Junge auch abstrampelt, um die Fische ins Netz zu treiben: Es reicht nicht mehr zum Überleben. Seit die Flotten der Toubabs, der Weißen, die Fanggründe beherrschen, sind die Kleinfischer chancenlos.

In riesigen Netzen, geleitet von empfindlichen Sonargeräten, ziehen die Industrietrawler vor der Küst-

FOTOS: THOMAS GRABKA

te Westafrikas das Leben aus dem Meer. Bis zu 2000 Tonnen Fisch fassen manche dieser schwimmenden Fabriken. Dafür brauchte Kapitän Badou Jahrzehnte.

Doch selbst wenn die Einheimischen nicht mit bloßer Muskelkraft das Netz aus dem Meer ziehen würden, selbst wenn sie Eis hätten, um ihren Fang vor dem Verderben zu retten, und Boote, mit denen man nicht täglich zur Küste zurückkehren muss – es würde immer ein ungleicher Kampf bleiben. Denn die Fischer Westafrikas müssen vom Verkauf ihrer Ware leben, anders als die hochgerüsteten Konkurrenten aus dem Norden.

Das ist schwer zu verstehen für die Fischer von Mbour. Der angeblich so marktorientierte Norden gibt fast doppelt so viel Geld für den Fischfang aus, wie er damit einnimmt. Fischer aus Europa, Japan, den USA bekommen Geld geschenkt, um ihre Boote mit modernsten Geräten vollzustopfen. Sie tanken vergünstigten Treibstoff und profitieren von billigen Darlehen. Der Transport wird bezuschusst, genau wie der Export, das finanziert alles der Steuerzahler. Und wenn sie ihre eigenen Meere leergefischt haben, kauft man ihnen neue: Zwölf Millionen Euro jährlich zahlte allein die Europäische Union von 2002 bis 2006 an Senegal für die Fangrechte. Seit Juni 2006 wird über ein neues Abkommen verhandelt.

Das alles muss sein, heißt es, um die Jobs zu sichern.

Kapitän Badou Ndoye sorgt sich auch um seinen Job. Die wertvollen Fische werden immer seltener, weil die Trawler der Ausländer verbotenerweise auch die Jungfische mit herausziehen, das weiß er von den vielen Senegalesen, die auf den Schiffen der Fremden arbeiten. Auch heute ist er nach sieben Stunden auf See fast leer heimgekehrt, hat nur billige Sardinen und Sardellen gefangen, dazu zwei Tintenfische und ein paar Rotbarsche. Die Stimmung an Bord ist gedrückt, das Kind spielt still mit einem Seepferdchen, bis es tot ist. Mehr als ein, zwei Euro bleiben nicht für jeden Fischer. Wie soll man damit eine Familie ernähren? Fisch ist das Hauptexportprodukt des Landes, 15 Prozent aller Arbeitsplätze sind in der Fischerei angesiedelt, sie stehen auf der Kippe. „Wenn das so weitergeht, werden wir bald nichts mehr zu essen haben“, sagt Ndoye.

Die Fischer sind nicht die einzigen Verlierer im ungleichen Kampf gegen übermächtige Gegner. In Scharen verlassen Bauern die Felder im Hinterland, weil ihre Waren mit den Billigprodukten aus Europa, den USA und Asien nicht mithalten können. Auf den Märkten in der Hauptstadt Dakar stapeln sich



Zwiebeln aus Holland, Tomatenmark aus Italien, Hühnerbeine aus der EU, Milchpulver aus Frankreich. Gegen die computergesteuerten Produktionsanlagen ihrer Wettbewerber haben die senegalesischen Kleinbauern mit ihren Hacken und Pflügen nichts zu bestellen.

Die Landwirte im Senegal haben keine Chance, und da geht es ihnen nicht anders als ihren Kollegen in Kenia, in Burkina Faso und vielen anderen Ländern Afrikas, aber auch Lateinamerikas. Sie alle könnten von ihrer Hände Arbeit leben, sie könnten sich und ihre Familien ernähren mit dem Anbau von Mais, Soja oder Tomaten, mit dem Fischfang oder der Milchwirtschaft – wenn, ja wenn sie es nicht mit übermächtigen Konkurrenten zu tun hätten, die ihre Märkte mit subventionierten Billigprodukten überschwemmen.

Fairer Wettbewerb sieht anders aus. Auf der einen Seite stehen die armen Bauern der Dritten Welt, ausgestattet mit einfachsten Hilfsmitteln. Und auf der anderen Seite die Hightech-Agrarindustrie des Nordens, die weit mehr produziert, als die Menschen in Europa, Australien oder in den USA selbst verbrauchen.

An Geld mangelt es der Landwirtschaft der Industrieländer nicht. Sie erhält Subventionen, auch wenn ihre Produkte niemand braucht, im Zweifel wird der Export der Überschüsse in die Dritte Welt auch noch vom Steuerzahler gefördert.

Dass sich daran möglichst wenig ändert, dafür sorgt eine mächtige Lobby. Ihr Einfluss reicht bis in die Regierungen ihrer Länder, und die wiederum dominieren die internationalen Institutionen, die eigentlich dafür sorgen sollen, dass auf den Weltmärkten faire Bedingungen herrschen, allen voran die Welthandelsorganisation WTO.

Den freien Wettbewerb fordern diese Organisationen ständig, aber frei soll vor allem der Zugang der Dritte-Welt-Länder für die Erzeugnisse des Westens sein. Ihre eigenen Märkte schotten die reichen Länder dagegen so weit wie möglich ab.

Und wenn immer noch etwas übrig ist, dann verschenken die Reichen ihren Überfluss an die Armen. Das vermeintlich karitative Werk hilft den eigenen Bauern – und schadet den Beschenkten: Die kostenlose Ware landet in der Dritten Welt oft auf den Märkten und verdrängt dort die heimische Produktion: Not für die Welt statt Brot für die Welt.

Früher hielten sich die Entwicklungsländer ausländische Konkurrenzprodukte mittels hoher Einfuhrzölle vom Leib, genauso, wie es die Industrieländer über weite Strecken heute machen.

LEERGEFISCHT

Der senegalesische Fischer Badou Ndoye sorgt sich um seine Zukunft. Seit die Flotten der Weißen die Fanggründe durchsieben, sind die kleinen Fischer chancenlos. „Wenn das so weitergeht, werden wir bald nichts mehr zu essen haben“, fürchtet der 67-Jährige.

Flucht aus der Armut

Immer mehr Afrikaner, die ihre Existenz zu Hause nicht mehr fristen können, flüchten auf winzigen Fischerbooten nach Europa. 2006 landeten über 31000 Flüchtlinge auf den Kanaren, und schätzungsweise 3000 Menschen starben auf der Fahrt ins vermeintliche Paradies. Trotz dieser Gefahr und zunehmender Kontrollen hält der Zustrom an. Seit Anfang 2007 wurden 1700 Flüchtlinge aufgegriffen. Erstmals wurde im April ein Patrouillenboot der spanischen Küstenwache von den Verzweifeltten attackiert.





IN DER ARMUTSFALLE
Weder dieser senegalesische Tomatenzüchter noch die Milchbäuerin aus Burkina Faso können gegen die Billigimporte aus den westlichen Industrieländern konkurrieren. Doch wenn sie nichts verkaufen, fehlt das Geld für Schule, Medizin und Transport.

Doch wer Kredite braucht vom Internationalen Währungsfonds oder der Weltbank, muss Zugeständnisse machen an die globalisierte Handelswelt: Zölle senken, Märkte öffnen, staatliche Unternehmen privatisieren und zu alledem auch noch Ausgaben senken. „Strukturanpassungsmaßnahmen“ nennt sich das ganz harmlos in der Sprache der Washingtoner Weltorganisierer.

Strukturen anpassen – aber an wen?

„Sie sagen, die Welt ist ein großer Marktplatz geworden, die Schranken sollen fallen, damit der Handel seine heilsamen Kräfte entfalten kann“, sagt Samba Guèye, Präsident des nationalen Rats für ländliche Zusammenarbeit im Senegal. „Doch wir haben nicht den gleichen Blickwinkel. Diejenigen, die beim IWF, bei der Weltbank und der WTO die Regeln machen, sitzen im klimatisierten Büro, schicken ihre Kinder auf die Universitäten und fahren abends mit der Limousine in ihr Eigenheim. Es sind Reiche, die Regeln machen für die Reichen.“

Er hat sie getroffen, bei den Welthandelsgesprächen im Dezember 2005 im glitzernden Hongkong. Er zog sein feinstes afrikanisches Gewand an und schilderte ihnen die verzweifelte Lage der senegalesischen Landbevölkerung. Er verbreitete keine Neuigkeiten – schon im Uno-Bericht zur menschlichen Entwicklung 2005 steht: „Das Grundproblem, das bei den Gesprächen der WTO über Landwirtschaft in Angriff genommen werden muss, lässt sich in drei Worten zusammenfassen: Subventionen reicher Länder.“ Und: „Die Verbraucher und Steuerzahler in den reichen Ländern sind in einer Finanzpolitik gefangen, die die Existenzgrundlagen in einigen der ärmsten Länder der Welt zerstört.“

In Hongkong reichte es den Entwicklungsländern, sie ließen sich nicht länger von Abkürzungen und Gesetzesklauseln in Schach halten. Erstmals mussten die Wohlhabenden schmerzhaft Zugeständnisse machen: Alle Exportsubventionen für Agrargüter, so wurde nach zähem Ringen beschlossen, müssen bis 2013 fallen.

„Ein Ereignis historischen Ausmaßes“, feierte sich die EU danach selbst. Bei den Entwicklungsländern aber knallten keine Korken. Sie hatten sich den Schritt schon für 2010 erhofft. Wie nur, so fragten sie sich, sollen ihre Wirtschaften noch weitere acht Jahre durchhalten? Was nur sollten sie ihren Bauern sagen? „Die WTO ist eine seelenlose Maschinerie“,

glaubt Samba Guèye. „Was die Welt braucht, ist eine menschliche Organisation.“

Senegal, eines der ärmsten Länder der Welt, bemüht sich seit Mitte der neunziger Jahre, die Regeln der Weltenlenker zu befolgen. Auf Druck der Weltbank privatisierte die Regierung die staatliche Erdnussindustrie – die prompt in arge Nöte geriet. Den Neuunternehmern fehlte das Geld und die Logistik, die Ernten wurden zum Teil nicht bezahlt oder gar nicht erst abgeholt. Viele Bauern verkauften ihre Produkte in ihrer Verzweiflung weit unter dem Erzeugerpreis. Etliche gaben ganz auf.

Jene, die auf andere Produkte auswichen, gerieten umgehend in den nächsten Schlamassel. Um einen Kredit des IWF zu bekommen, hatte das verschuldete Land neben der Auflage, die Währung abzuwerten, 1995 seinen Markt weiter für ausländische Lebensmittel geöffnet. Quoten und Lizenzen fielen weg, die Zölle sanken bis 2001 schrittweise von durchschnittlich 34 auf 14 Prozent.

Fast über Nacht verwandelte sich der Senegal in ein Paradies für Länder, die ihre landwirtschaftliche Überproduktion loswerden wollten.

Die Tomatenbauern traf das besonders hart. Sie hatten bis dahin gut leben können, weil staatliche Firmen ihre Ernten aufkauften. Tomatenmark ist, wie Huhn und Zwiebeln, eine der Hauptzutaten der traditionellen senegalesischen Küche, der Markt ist groß. Und dementsprechend interessant.

Kaum waren die Pforten Senegals geöffnet, strömte italienisches Tomatenmark hinein. 300 Millionen Euro an Exportsubventionen zahlten die europäischen Steuerzahler allein 1997 dafür, dass die heimische Überproduktion zu Dumpingpreisen die ärmsten Länder der Welt überschwemmen konnte.

Die mittlerweile teilprivatisierten Tomatenmarkfirmen Senegals kauften nun lieber das billige italienische Tomatenmark und verarbeiteten es weiter. Die Importe aus der EU explodierten zeitweise auf das 20fache. Europa kontrolliert heute mehr als die Hälfte des Weltmarktes für Tomatenmark. Tomaten, Dosentomaten und Tomatensauce werden hoch subventioniert, die Verarbeitung wird laut einer Studie der britischen Nord-Süd-Organisation Oxfam jährlich mit 300 Millionen Euro gestützt.

Die Senegalesen hatten der europäischen Tomatenpampe nichts entgegenzusetzen. Ihre eigenen mageren Beihilfen waren durch die Liberalisierung fast gänzlich weggefallen. Nun brach die einheimische

Tomatenproduktion um 70 Prozent ein, der Preis fiel auf die Hälfte.

Es kam noch schlimmer. 2005 eröffnete ein libanesischer Geschäftsmann eine Tomatenmarkfabrik in Dakar – und importiert nun dreifach konzentrierte Paste aus China, noch unter dem Preis des hochsubventionierten EU-Produkts.

Anfang September 2006 versammelt Ibrahim Fedior, Präsident des Tomatenbauernverbands, seine Schicksalsgenossen zum Krisengespräch in Dagona, an der Grenze zu Mauretania. Hier, wo der Senegal rotbraun entlangfließt, ist das Hauptanbaugelände der Gemüseplanzer. Die Männer sind wütend. Viele mussten bereits ihre Kinder aus der Schule nehmen, weil sie die Gebühr, neun Euro im Monat, nicht mehr bezahlen konnten. Was sollten sie tun? Auf Zwiebelproduktion ausweichen? Keine Chance, seit drei Jahren überrollen holländische Zwiebeln den Markt. Reis anbauen? Braucht zu viel Wasser, nicht konkurrenzfähig gegen die Thailänder, die ihre Reisabfälle spottbillig als Bruchreis verscherbeln. Baumwolle? Sinnlos, weil der Weltmarktpreis durch die US-Überproduktion im Keller ist.

Die Männer in Fediors Büro fassten einen mutigen Beschluss: Wenn die Regierung ihnen nicht garantiert, für mindestens zwei Monate nach der Tomatenernte die Grenzen für ausländische Konkurrenz dichtzumachen, werden sie nicht pflanzen. Keine einzige Tomate. Dann werden sich die Minister fragen lassen müssen, warum sie den Tomatenanbau fürs eigene Volk zerstört haben.

Doch wie wollen sich die Bauern weiter durchschlagen? „Keine Ahnung, was wir dann machen“, sagt Moambaye Diop. Er lacht, freut sich an der revolutionären Tat. Der Bauer aus dem Dorf Thileine hat zwei Frauen, elf Kinder und immer ein paar Mitglieder der Großsippe zu versorgen. 20 Menschen leben von seinem Einkommen.

Wie 80 Prozent der afrikanischen Bevölkerung leben die Diops von der Landwirtschaft. Sie können sich ernähren, doch wenn sie nichts verkaufen, fehlt das Geld für Schule, Medizin und Transport, dann haben sie Tomaten, Tomaten und nichts als Tomaten.

Das Argument des Nordens, man helfe mit der Einfuhr billiger Lebensmittel vor allem der armen Bevölkerung, gilt nicht für die Diops dieser Welt. Wer

nichts verdient, kann nichts kaufen, egal wie billig. Statt Not zu lindern, wird Not geschaffen.

Deshalb ist den Bauern auch herzlich egal, ob ihre Forderung nach einem Importstopp den WTO-Regeln entspricht. „Die WTO, das große Mysterium“, spottet Ibrahim Fedior, „die erlauben den einen, ihre Märkte abzuschotten und ihre Landwirte zu subventionieren, und wir sollen uns schutzlos ausliefern.“

So klingt das neue Mantra des Südens: Sich nicht länger der Doppelmoral der reichen Länder beugen, sich nicht mehr übervorteilen lassen, sich zur Wehr setzen. Als die USA sich im Juni 2006 weigerten, ihre Agrarsubventionen zu beschneiden, ließ eine Gruppe Entwicklungsländer unter Führung von Indien und Brasilien die Welthandelsgespräche platzen – Fortsetzung ungewiss.

Voller Hohn blickt Fedior auf die hübsch gerahmten Fotos in seinem kleinen Büro in Dagona. Sie zeigen die feierliche Übergabe brandneuer Traktoren an die Tomatenbauern, nur wenige Monate zuvor. Traktoren, die die Regierung ohne Zweifel von internationalen Entwicklungshilfegeldern finanziert hat.

Es ist absurd: Der Westen zahlt Entwicklungshilfe für die Landwirtschaften der Dritten Welt, verhindert aber gleichzeitig deren Entwicklung durch seine eigene Überproduktion. Die gleiche Summe, die die OECD-Länder jährlich an Agrarbeihilfe für afrikanische Entwicklungsländer leisten, erhalten ihre Landwirte – täglich.

Selbst der Abfall der Reichen kann arme Länder ins Wanken bringen. Als die Weltbank die Länder der westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion UEMOA im Jahr 2000 dazu bewegte, die Einfuhrzölle auf Geflügelteile von 55 auf 20 Prozent zu senken, wurde der Kontinent mit Hähnchenflügeln und -keulen überschüttet. Die gelten in den gesundheitsbewussten Industrieländern als igittig, das Geschäft wird dort mit dem mageren Brustfleisch gemacht. Plötzlich aber bot sich die Chance, Beine und Flügel zu verscherbeln, statt sie wie bisher als Dünger auf den Felder zu verstreuen – ein Geschäft, das sich sogar ohne Exportzuschüsse rechnet.

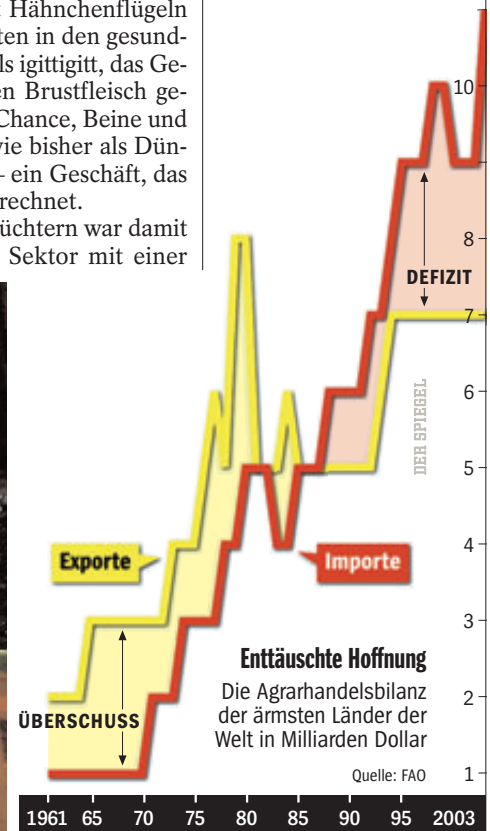
Den senegalesischen Geflügelzüchtern war damit der Hals umgedreht. Aus einem Sektor mit einer

WTO

Die Welthandelsorganisation WTO wurde 1994 gegründet, um den Handel mit Waren und Dienstleistungen zwischen den Nationen zu fördern. 150 Länder sind augenblicklich Mitglieder, die große Mehrheit davon Entwicklungsländer. Kritiker monieren, dass die Politik der WTO, den Freihandel voranzutreiben, vor allem den Interessen der reichen Länder dient. Doch die Dritte Welt setzt sich zur Wehr: Seit Juli 2006 liegen die Welthandelsgespräche auf Eis, unter anderem, weil die USA sich weigern, ihre Agrarsubventionen weiter zu kürzen.



WTO-Zentrale in Genf





ÜBERMACHT

Die gutorganisierte Lobby der Hightech-Agrarindustrie wie zum Beispiel bei der EU-Kommission in Brüssel steht Bauern der Dritten Welt gegenüber, die auf einfachste Hilfsmittel angewiesen sind.

ausgeprägten Wertschöpfungskette von der Aufzucht bis zur Schlachtung, mit 10 000 Arbeitnehmern und einem Jahresumsatz von 3,8 Millionen Euro wurde ein Sanierungsfall. 2000 Kleinzüchter gaben auf.

Innerhalb von fünf Jahren sank der Marktanteil senegalesischer Hühnerproduzenten von 80 auf 35 Prozent, während der Import sich bis 2003 fast verdoppelte. Drei Viertel der Einfuhren kamen tiefgefroren aus Belgien und Holland – für die Hälfte des Preises eines senegalesischen Huhns.

Das sei kein Dumping, behauptet die EU, und tatsächlich fließen bei dieser Resteverwertung keine Exportsubventionen. Über zwei Ecken jedoch ist der niedrige Preis immer noch ein Produkt europäischer Subventionspolitik. Denn als Folge der Direktzahlungen an Getreidebauern verbilligte sich das Hühnerfutter, das bei der Zucht bis zu 70 Prozent der Kosten ausmacht, zwischen 1990 und 2002 um zwei Drittel.

Für die gebeutelten Bauern war deshalb die Vogelgrippe in Europa ein Geschenk des Himmels. Djibril Dieme, ein Züchter nahe Dakar, hatte schon fast aufgegeben. Doch mit dem Gesundheitsargument konnten sie die Regierung Anfang 2006 überzeugen, die ungeliebten Einfuhren zu stoppen.

Seither hat er seinen Hühnerbestand, 6000 waren es in besseren Zeiten, wieder auf über 3000 erhöhen können. Doch vier leerstehende Gehege sind beschädigt, und Dieme fehlt das Geld für die Reparatur. Die Krise hat alle Rücklagen aufgezehrt. Die 600 Eier am Tag bringen gerade genug fürs Futter.

Dieme weiß nicht, was er macht, wenn der Einfuhrstopp ausläuft. Er weiß nur, dass dies der Tag sein wird, an dem er erledigt ist.

Dann muss auch er sich überlegen, ob er den gefährlichen Trip nach Europa wagt, von dem fast alle jungen Senegalesen träumen.

Die meisten haben die Hoffnung auf eine Zukunft im eigenen Land längst aufgegeben. Die Hafencitätte Mbour oder St. Louis sind überbevölkert mit jungen Leuten, die auf die Chance ihres Lebens warten: in ein Boot zu steigen, mit Kurs auf Spanien.

Das Flüchtlingsgeschäft gebiert einen Teufelskreis: Der Pirogenpreis hat sich verdreifacht, sein Boot zu verkaufen bringt einem Fischer mehr als ein Jahres-

gehalt und verführt viele dazu, aufzugeben und mitzufahren. Wer bleibt, kann sich wegen der explodierenden Preise kaum noch Ersatzteile für sein Boot leisten.

Sechs bis zehn Tage dauert die Fahrt ins gelobte Land, dichtgedrängt in einer Nusschale, die keinem Sturm standhalten kann. Trotzdem schlagen sich die Passagiere um Plätze. Sie wissen, dass sie untergehen können auf der Reise ins Glück. Doch sie sind sich sicher, dass sie untergehen, wenn sie dableiben.

„Sie sterben lieber, als chancenlos zu sein“, sagt Ngouda Ndaye, Cousin des Pirogenkapitäns Badou. Der 51-Jährige kann das verstehen, er selbst hat bereits vor fünf Jahren rübergemacht allerdings auf weniger riskantem Weg. Im Hafen von Las Palmas auf Gran Canaria ist er in einem unbeobachteten Moment einfach von Bord des italienischen Trawlers gestiegen, auf dem er gearbeitet hat.

Vom Paradies Europa spricht Ngouda nicht mehr, nach fünf Jahren als Illegaler. Beim Tomatenanbau hat man ihm einen Hungerlohn bezahlt, in der Fischfabrik hat man ihn geschunden, auf den Fangschiffen ausgebeutet. Nach einem monatelangen Fischzug vor der Küste Mauretaniens schmiss ihn der Kapitän ohne einen Cent von Bord, feixend, geh doch zur Polizei.

Über die Gewerkschaft fand er schließlich einen legalen Job auf dem Bau, und endlich bekam er auch Papiere und eine kleine Zweizimmerwohnung in einer schabigen Hochhaussiedlung in Las Palmas.

Die Räume sind abgedunkelt, die Vorhänge zugezogen, eine Marotte nach vielen Jahren im Untergrund. Im Wohnzimmer stehen rohe Sperrholzmöbel und ein Sofa, auf dem Fernseher ist eine Plastikblume drapiert.

Ich will nicht hier sein, nicht bleiben, sagt Ngouda, aber er muss, um das Haus in Mbour und die Ausbildung seiner vier Kinder zu bezahlen.

Das fällt schwerer, als man denkt. 1080 Euro im Monat verdient er für zehn Stunden Arbeit täglich. Das ist viel Geld im Senegal, aber nicht in Spanien. 400 Euro kostet ihn allein die Miete, dazu kommen Essen, Kleidung, die Buskarte und das Telefon. Da bleiben höchstens 200 Euro übrig.

„Ich zahle einen hohen Preis, damit meine Familie leben kann“, sagt Ngouda. Daheim gibt es keine Arbeit für ihn, nicht als Bauer, wie sein Vater, nicht als Fischer, wie sein Onkel.

Seine Frau sieht er höchstens einmal im Jahr. Und ein Dutzend Mal täglich auf einem Bild in seinem Foto-Handy.

Lebensläufe wie die von Ngouda sind für Lamine Ndiaye von Oxfam Westafrika typische Folgen einer unfairen Handelspraxis, die Menschen entwurzelt, Bauern in Städte treibt, in die Armut oder auf lebensgefährliche Reisen. „Man muss den Bürgern in den reichen Ländern einmal verdeutlichen, welche ungeheuren Auswirkungen ihre Agrarpolitik auf das Leben der Ärmsten dieser Welt hat“, sagt er.

Auf Menschen wie Gariko Krotoumou zum Beispiel, Milchbäuerin in Burkina Faso.

Die 50-jährige fährt fast täglich 20 Kilometer aufs Land zu ihren acht Milchkühen. Die Beste ihrer Zebu gibt vier bis fünf Liter am Tag, ein Achtel der Leistung einer europäischen Turbokuh. In der Trockenzeit, wenn die Tiere kein Futter finden, gibt es gar keine Milch mehr. Gariko müsste zufüttern,

MILCHMÄDCHEN-RECHNUNG

Die Bäuerinnen aus Ouogadougou in Burkina Faso verkaufen ihre Milch am Straßenrand. Sie kostet mehr als die importierte Trockenmilch aus den Industrieländern.



Baumwollsaatkuchen und Hirse, aber das kann sich die Bäuerin nicht leisten.

Sie kennt den Grund für ihre Misere, er hängt an jeder Ecke, auch vor dem kleinen Laden 50 Meter neben ihrem Haus: Plakate, auf denen lachende Comic-Kühe für importierte Milch werben. Etwa 1150 Tonnen getrocknete Vollmilch exportierte die EU allein 2005 in Garikos Heimat. Das Milchpulver der Ausländer ist allgegenwärtig, die Regale der Supermärkte biegen sich unter dem Angebot verschiedener Hersteller: von France Lait, Bridel und Lacstar aus Frankreich, Vivalait und Kerrygold aus Irland, Bonnet Rouge aus Holland, Nestlé aus der Schweiz, Cowbell aus Neuseeland. Ein Liter aufbereitetes Milchpulver kostet 30 bis 60 Cent. Gariko muss, wenn sie ihre Milch in heißem Wasser pasteurisiert, 90 Cent verlangen.

Gariko kommt aus einem Beamtenhaushalt, kann deshalb lesen und schreiben. Sie weiß, warum sie die Preise der Ausländer nicht zu unterbieten vermag. „Die bekommen Geld vom Staat, damit sie ihre Milch hierherbringen.“ Auf Einladung des Hilfswerks Misereor, das die Studie über die Milchbauern finanzierte, war sie sogar in Deutschland, warb beim Bauernverband für ein Ende der Ausfuhren. Doch die wollten nichts davon wissen.

Allein für den Export von Milchprodukten schütet die EU jährlich zwischen einer und 1,6 Milliarden Euro an Subventionen aus, 25 bis 30 Prozent des Warenwerts. Den Einfuhrzoll hat die Regierung Burkina Faso auf nur fünf Prozent festgelegt, damit die städtische Bevölkerung billig an Milch kommt. Die Eliten sind aufgewachsen mit Milchpulver, Frischmilch hat ein schlechtes Image – sie riecht anders, nach Kuh und nach Armut. „Schon die Kinder sehen die Werbespots im Fernsehen und verlangen nach westlicher Milch, nach Danone-Joghurt und dem Schmelzkäse „La vache qui rit“, sagt Pater Maurice Oudet, der mit den Milchbäuerinnen arbeitet.

Nur der traditionelle Dégué, ein gesüßter Joghurt mit beigemischter Hirse, ist nach wie vor beliebt. In Koudougou, eineinhalb Stunden entfernt von Ouagadougou, hat sich eine Gruppe Milchbäuerinnen zu eine Molkereigenossenschaft zusammengetan, um den wertvolleren Dégué herzustellen, statt ihre Rohmilch zu verschleudern. Doch selbst sie benutzen hin und wieder das Milchpulver ihrer Konkurrenten, um den Preis niedrig zu halten.

„Auf diesem Level kann kaum Wertschöpfung stattfinden“, schimpft Wilhelm Thees von Misereor in Ouagadougou. „Wenn man die Afrikaner auf Selbstversorgerlevel halten will, kann man sich die ganzen Armutskonferenzen gleich sparen.“

François Traoré wird noch deutlicher. In seinem weißbestickten schwarzen Gewand ist der Bauernpräsident eine gewaltige Erscheinung. Seine tiefe Stimme dröhnt, wenn er zu schimpfen beginnt, seine riesigen Fäuste donnern auf die Tischplatte in seinem Besprechungszimmer in Ouagadougou. Er weiß, wie furchteinflößend er wirkt, seit er beim WTO-Treffen in Cancún die Welt von der unlauterkeit amerikanischer Baumwollsubventionen überzeugt hat. „Und was hat das gebracht?“, poltert er. „Die USA subventionieren und exportieren fröhlich weiter, und die Welt schaut zu.“

Traoré ist nicht gut zu sprechen auf die internationalen Institutionen. Wann immer er auf sie trifft, bei den Gesprächen in Singapur oder Hongkong,



fühlt er sich gedemütigt, missverstanden, untergebuttert. „Da ist kein Wille, zuzuhören“, sagt er.

Der IWF? Ein Club der Reichen, der die Märkte für die Reichen öffnen will. Die Weltbank? Steht nicht für Wohltätigkeit, sondern fürs Geschäft. Die WTO? Lügt der Welt vor, dass sie zugunsten der Armen agiert. „Die Wahrheit ist: Keiner von denen will etwas abgeben, keiner will, dass wir aus dem Matsch kommen.“

Also muss man sie zwingen: Mit hohen Schutzzöllen ihre Waren aus dem Land treiben, damit sich eigene Märkte entwickeln können. Ihre Bürger über die unfaire Politik informieren, damit die Verantwortlichen in Erklärungsnot kommen. Proteste organisieren, damit die Welt von der Ungerechtigkeit erfährt.

Das beste Druckmittel aber, da ist er sich mit den Bauernfunktionären in den Nachbarländern einig, ist der Strom der Migranten, die sich zu Hunderttausenden in die Paradiese des Nordens aufmachen. Denn wer in der Heimat keine Existenzgrundlage mehr hat, lässt sich auf Dauer nicht von Zäunen, nicht von Küstenschutzbooten, nicht einmal von Soldaten aufhalten.

„Wenn die reichen Länder jede Entwicklungschance in unseren Ländern zerstören, dann müssen wir uns eben in ihren entwickeln“, sagt Samba Guèye, Traorés Amtskollege im Senegal. Das klingt wie eine Drohung, und es soll auch eine sein: „Wir haben Erdnüsse exportiert, das wurde uns kaputtgemacht. Wir exportierten Fisch, der wurde uns weggefangen. Nun exportieren wir eben Menschen.“ ♦

GESUCHT: FAIRER AUSTAUSCH

Seit der WTO-Tagung in Seattle 1999 sind Welthandelskonferenzen ständiger Schauplatz von Protesten – wie hier bei einem Uno-Handels-Meeting im brasilianischen São Paulo 2004.

Ungleicher Welthandel

Der Anbau des wichtigsten Exportgutes Baumwolle spielt eine zentrale Rolle bei der Armutsbekämpfung in Westafrika. Doch seit US-Präsident George W. Bush seine Baumwollfarmer jährlich mit 3 bis 4 Milliarden Dollar subventioniert, fallen die Weltmarktpreise ins Bodenlose. Burkina Faso beklagte mit anderen vor der WTO das amerikanische Dumping. Sie bekamen Recht, doch die USA haben ihre Politik bis heute nicht geändert. Unzählige Farmer in Afrika mussten aufgeben.